

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jürgen Martens, Stephan Thomaе, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/31302 –**

Desinformationskampagnen gegen Corona-Schutzimpfungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Weltweit haben Influencer gegen Geld gezielte Desinformationen gegen den Impfstoff von BioNTech/Pfizer verbreitet. Angebote für die Verbreitung von Falschinformationen über den Impfstoff von BioNTech/Pfizer kamen von einer in London ansässigen PR-Agentur, die einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen den Impfungen und den damit verbundenen Todesfällen darstellte (vgl. <https://www.dw.com/de/influencers-kampagne-gegen-pfizer-biontech-impfstoff-aufgeflogen-a-57689281/a-57689281>).

Aus Sicht der Fragesteller können solche Verleumdungskampagnen die Impfbereitschaft der Bevölkerung negativ beeinflussen und sie untergraben zudem das Vertrauen in die bereits zugelassenen Impfstoffe.

1. Sind der Bundesregierung gezielte Kampagnen im Internet gegen Corona-Schutzimpfungen im Allgemeinen und gegen einzelne Impfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, und wenn ja, wie viele?

Neben dem in der Vorbemerkung der Fragesteller beschriebenen Fall ist noch ein weiterer (twitter.com/ch_cimeaurant/status/1394981421471707142) bekannt.

Ferner war in den deutschsprachigen Auslandsmedien der Russischen Föderation in letzter Zeit eine teilweise tendenziöse Berichterstattung zu beobachten, die insbesondere die vermeintliche Überlegenheit des in Russland entwickelten Impfstoffes Sputnik V hervorhob.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnisse zu den Urhebern und Auftraggebern solcher Desinformationskampagnen?
 - a) Wenn ja, wo haben diese ihren Ursprung?
 - b) Wie, und von wem werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Auftraggeber finanziert?

Die Fragen 2 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Über die aus den Medien bekannten Informationen hinaus (Agentur mit dem Namen „FAZZE“, die ihren Sitz nach eigenen Angaben in London hat), liegen keine weiteren Informationen vor.

3. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland Desinformationen gegen den Impfstoff von BioNTech/Pfizer verbreitet?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Anzahl von Personen, die in Deutschland Desinformationen gegen den Impfstoff von BioNTech/Pfizer verbreiten, vor.

4. Sind gegen Personen, die bewusst Desinformationskampagnen im Internet verbreitet haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, und wenn ja, wie viele?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Höhe der Geldsummen, die Personen in Deutschland für die Verbreitung von Desinformationsvideos erhalten haben?
5. Haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits deutsche Sicherheitsbehörden zu solchen Desinformationskampagnen Ermittlungen aufgenommen?

Die Fragen 4 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Einleitung von Ermittlungsverfahren durch Strafverfolgungsbehörden ist hier nicht bekannt. Der Vorgang wird im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz weiter beobachtet; evtl. betroffene Stellen und Personen werden für ein derartiges Vorgehen sensibilisiert. Die Höhe der in Aussicht gestellten Geldsummen ist hier nicht bekannt.

6. Über welche Plattformen bzw. Kommunikationskanäle wurden nach Kenntnis der Bundesregierung diese Desinformationen in Deutschland verbreitet (bitte aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele Videos mit Desinformationen gegen Corona-Schutzimpfungen sind der Bundesregierung in Deutschland bekannt?
 - b) Konnten irreführende Videoinhalte nach Kenntnis der Bundesregierung bereits gelöscht werden, und wenn ja, wie viele?

Die Fragen 6 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine eigenen Erkenntnisse über Plattformen und Kommunikationskanäle zur Verbreitung dieser Desinformationen in Deutschland vor.

7. Sind der Bundesregierung vergleichbare Kampagnen gegen Corona-Schutzimpfungen und einzelne Impfstoffe auch in anderen EU-Mitgliedstaaten bekannt?
 - a) Wenn ja, in welchen (bitte aufschlüsseln)?
 - b) Hat die Bundesregierung auf diese Desinformationskampagnen im Ministerrat der Europäischen Union aufmerksam gemacht?
 - c) Befasste sich der deutsch-französische Ministerrat, der am 31. Mai 2021 tagte, mit dieser Thematik, und wenn ja, was war Gegenstand der Diskussionen?

Die Fragen 7 bis 7c werden gemeinsam beantwortet.

Aus der Presseberichterstattung ist ein weiterer Fall in der Europäischen Union bekannt geworden, bei dem ein französischer Wissenschaftsjournalist von der o. g. Agentur kontaktiert worden sein soll. Dieser Journalist hat das Angebot ebenfalls veröffentlicht, ohne darauf einzugehen.

Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse über vergleichbare Kampagnen gegen Coronaschutzimpfungen und einzelne Impfstoffe in anderen EU-Mitgliedstaaten, die über die in der Presse bekannt gemachten Kampagnen hinausgehen, vor.

Die Bundesregierung hat diese Kampagnen weder im Ministerrat, noch beim DEU-FRA Ministerrat im Mai 2021 thematisiert. Der Austausch über Desinformationskampagnen findet im Rahmen des EU Rapid Alert System (RAS) statt.

8. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um solchen Desinformationskampagnen entgegenzuwirken?

Die Bundesregierung befasst sich mit dem Phänomen Desinformation als Ganzes, um Strukturen, Funktionsweise und Hintergründe zu analysieren. Um Desinformation zu begegnen, wird sich regelmäßig im Ressortkreis ausgetauscht und mit der Bereitstellung verlässlicher Informationen entgegengewirkt. In der jüngeren Vergangenheit wird das Thema Desinformation regelmäßig unter anderem in der 2018 gegründeten ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Strategischen Koordination des Umgangs mit Hybriden Bedrohungen und in assoziierten Expertengruppen besprochen. Darüber hinaus tauschen wir uns eng mit Partnern bilateral oder im Rahmen der EU oder der G7-Mechanismen zu Einflussnahmeversuchen und Desinformation aus.

